

Sehr geehrte Damen und Herren,

Bundeskanzler Scholz hat gestern Abend eine weitreichende, aber notwendige Entscheidung getroffen. Er hat Finanzminister Christian Lindner entlassen und die Zusammenarbeit mit der FDP in der Regierungskoalition beendet. Der ehemalige Finanzminister hat sich in eine finanzpolitische Sackgasse bewegt.

Er war zum Schluss nicht mehr in der Lage, einen Haushalt aufzustellen oder auch nur ansatzweise drängende Fragen zu beantworten zur Finanzierung von Investitionen, Wachstumsimpulsen, Entlastungen der Industrie oder der weiteren Unterstützung der Ukraine gegen die russische Aggression, die auch unser Land bedroht.

Mit ihrem unkontrollierten Verhalten haben die FDP und ihr Bundesvorsitzender Christian Lindner die Bundesrepublik Deutschland in einer kritischen wirtschaftlichen und geopolitischen Lage zusätzlich geschwächt.

Der Krieg in der Ukraine, die Lage im Nahen Osten, die Durchsetzung der deutschen Interessen in der Migrationspolitik in der europäischen Union, die angespannte wirtschaftliche Lage und gefährdete Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie und die zu erwartende Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen nach der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, all das erfordert eine handlungsfähige Regierung und eine Bundestagsmehrheit, die bereits vereinbarte und unzweifelhaft notwendige Maßnahmen umsetzt.

Die zurückliegenden Jahre haben gezeigt: In der Krise müssen Regierungen handeln, parteipolitische Interessen zurückstellen und die erforderlichen Maßnahmen zur Krisenbewältigung entschlossen umsetzen. Dazu war auch die FDP politisch verpflichtet. Sie ist ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. Das Verhalten von Christian Lindner und der FDP ist illoyal gegenüber dem Bundeskanzler und verantwortungslos gegenüber den nationalen Interessen, der Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Die FDP wurde daher zu Recht vom Bundeskanzler aus der Regierung entlassen.

SPD und Grüne sowie die Regierungen der Länder müssen die von der FDP verursachte Verantwortungslücke jetzt schließen, ihrem Amtseid entsprechend Schaden von unserem Land abwenden, und dabei nach den Regeln der Verfassung vorgehen. Der Bundeskanzler hat angekündigt, Anfang kommenden Jahres mit der Vertrauensfrage im Parlament vorgezogene Neuwahlen herbeizuführen und bis dahin die bereits vereinbarten Vorhaben umzusetzen, die keinen Aufschub dulden. Das ist wichtig für die Stabilisierung der Wirtschaft, die Sicherheit Deutschlands und weitere grundlegende Ziele wie zum Beispiel die Vermeidung struktureller Schäden der Gesundheitsversorgung im stationären Bereich.

Das Verhalten der FDP hat nicht nur gravierende Auswirkungen für die Arbeit der Bundesregierung, auch die Bundesländer sind davon betroffen. Hamburg wird sich im Bundesrat konstruktiv und bundestreu verhalten und die Beschlüsse unterstützen, die von Seiten der Länder erforderlich sind.

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

unsere Stadt ist stark und wird auch die von der FDP ausgelösten bundespolitischen Komplikationen gut überstehen. Unser Wirtschaftswachstum ist stärker als das der meisten anderen Länder und in Deutschland insgesamt.

Der Hamburger Haushalt ist solide aufgestellt.

Wir halten die Schuldenregeln ein und werden - anders als andere Länder - keine ungeplanten Kürzungen bei den staatlichen Leistungen im sozialen Bereich oder bei den Beschäftigten vornehmen.

Hamburg setzt die Investitionsprogramme zur Modernisierung der Infrastruktur, für Bildung, Wissenschaft und Klimaschutz sowie zur Stärkung der inneren Sicherheit fort.

Die Hamburger Bauwirtschaft kann sich darauf verlassen, dass wir das Wohnungs-, Straßen- und Schulbauprogramm mit den geplanten Milliardenaufträgen umsetzen.

Und wir werden uns dafür einsetzen, dass die von Bund und Ländern getroffenen Vereinbarungen von allen Beteiligten und auch von einer neuen Bundesregierung eingehalten werden.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei unserem Koalitionspartner für die gute Zusammenarbeit in Hamburg. SPD und Grüne haben als Parteien, in Bürgerschaft und Senat verlässlich zusammengearbeitet. Wir haben gemeinsam dafür gesorgt, dass Hamburg die Krisen gut übersteht und sich für die Zukunft wappnet.

Hamburg bleibt für unsere Bürgerinnen und Bürger ein sicherer Ort in unsicheren Zeiten.

Peter Tschentscher, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg